

Niederschrift

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am Montag, den 10.02.2020, um 17:00 Uhr im Mehrzweckraum des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Jürgen Fischer

Ausschussmitglieder

Armin Barg	
Bernd Karl Bornewasser	Vertreter für Cedric Ziel
Dietmar Busch	Vertreter für Saskia Burgmann
Dietmar Danowski	
Rolf Ebbinghaus	Vertreter für Petra Ebbinghaus
Werner Grimm	
Rosemarie Kötter	Vertreterin für Heide Nahrgang
Arnold Müller	
Petra Pfeiffer	
Rainer Röhlig	
Rolf Schäfer	
Udo Schäfer	Vertreter für Beate Bötte
Gerd Uellenberg	
Antje von der Mühlen	

Beratende Mitglieder

Käthe Hentzschel
Bärbel Lippelt

von der Verwaltung

Jörn Ferner
Burkhard Klein
Sebastian Krone
Niklas Lajewski
Johannes Mans
Wolfgang Scholl
Volker Uellenberg

Schriftführerin

Nicole Kind

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Beate Bötte
Saskia Burgmann
Petra Ebbinghaus
Heide Nahrgang
Cedric Ziel

Beratende Mitglieder

Klaus Haselhoff

Gäste

Christine Loth, Büro Loth Städtebau + Stadtplanung

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

1. Berücksichtigung der Auswirkungen auf das Klima bei allen (Beschluss-) Vorlagen und Handlungen der Verwaltung (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.08.2019) AN/0339/2019
2. Entwicklung eines Klimaanpassungskonzeptes für die Stadt Radevormwald (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2019) AN/0336/2019/1
3. Gewerbeansiedlung im Bereich Kaiserstraße West (Antrag der AL-Fraktion vom 27.01.2020) AN/0350/2020
4. Bebauungsplan Nr. 108, Wohngebiet Karthausen, 1. Bauabschnitt
hier: Beschluss über das grundsätzlich weiter zu verfolgende städtebauliche Konzept BV/0830/2020
5. Haushaltssatzung 2020; Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 BV/0820/2020
6. Umweltwoche 2020 IV/0696/2020
7. Mitteilungen und Fragen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Fischer, eröffnet die Sitzung um 17 Uhr und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Loth vom Büro Loth Städtebau + Stadtplanung, die für Fragen zu Tagesordnungspunkt 4 zur Verfügung steht. Zudem fragt er, ob eines der Ausschussmitglieder in Bezug auf die Tagesordnung befangen ist. Dies ist nicht der Fall.

Schließlich erläutert Herr Fischer, dass die letzte Niederschrift so spät verschickt wurde, da für die Fotos einer Präsentation, die der Niederschrift beigelegt wurde, zunächst noch das Urheberrecht geklärt werden musste. *Anmerkung der Verwaltung: Die Fotos wurden vor der Veröffentlichung aus der Präsentation entfernt.*

(Öffentlicher Teil)

1. Berücksichtigung der Auswirkungen auf das Klima bei allen (Beschluss-) Vorlagen und Handlungen der Verwaltung (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.08.2019) AN/0339/2019

Herr Bornwasser erläutert den Antrag seiner Fraktion. Ein Grund für die Antragstellung sind die gestiegenen Aufwendungen für Gas, die dem Haushaltsplanentwurf zu entnehmen sind. In der heutigen Zeit sollten die CO₂-Emissionen verringert werden, und wenn es zu einer Erhöhung komme, so sollte dies in der Verwaltungsvorlage zumindest ansatzweise erläutert werden. Dies werde bereits in Städten wie Osnabrück oder Konstanz praktiziert. Herr Bornwasser bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Der Klimaschutzmanager, Herr Lajewski, erwidert, dass die Verwaltung sich vorstellen könne, die CO₂-Emissionen anhand eines einfachen Prüfschemas nachzuvollziehen. Eine komplizierte wissenschaftliche Berechnung hält er personell für nicht umsetzbar.

Herr Ebbinghaus stimmt Herrn Bornwasser im Grundsatz zu, wünscht sich jedoch eine handhabbare Lösung. Herr Uellenberg möchte auf einen Vorschlag der Verwaltung warten. Für die FDP gibt Herr Röhlig an, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, da sie dies als eine der Aufgaben sieht, die der Klimaschutzmanager im Rahmen seiner Tätigkeit ohnehin zu erfüllen hat.

Es wird vereinbart, dass die Verwaltung für die nächste Sitzung des Ausschusses einen Vorschlag erarbeitet, in welcher Form die Klimauswirkungen in der Beschlussvorschläge erläutert bzw. dokumentiert werden können. Herr Bornwasser zieht den Antrag daher von der Tagesordnung für die nächste Ratssitzung zurück.

2. Entwicklung eines Klimaanpassungskonzeptes für die Stadt Radevormwald (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2019) AN/0336/2019/1

Auch diesen Antrag erläutert Herr Bornwasser. Ziel des Antrags ist es, dass die Stadt Radevormwald von dem Programm „Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW“ des Landes profitieren kann. Hierauf gibt Herr Lajewski an, dass bereits für Donnerstag, den 13.02.2020, ein Termin mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) vereinbart wurde, das die Beratung der Kommunen im Auftrag des Umweltministeriums übernimmt. Hierzu werden Mitarbeiter des Institutes nach Radevormwald kommen. An diesem Termin werden neben Mitarbeitern des Bauverwaltungsamtes auch Vertreter des Technischen Bauamtes

teilnehmen. Zielsetzung des Termins ist es, festzuhalten, wo die Stadt Radevormwald steht und wie man sich in Zukunft aufstellen kann.

In diesem Zusammenhang berichtet Herr Klein auf Nachfrage von Herrn Müller, dass das Gutachten zum Thema „Starkregen“ noch nicht durch das Technische Bauamt in Auftrag gegeben wurde, aber nach wie vor auf der Agenda steht.

Auch diesem Antrag werde die FDP nicht zustimmen, so Herr Röhlig.

Da das Thema bereits durch die Verwaltung angestoßen wurde, zieht Herr Bornewasser auch diesen Antrag von der Tagesordnung für die Sitzung des Stadtrates zurück. Herr Lajewski sagt zu, während der nächsten Sitzung des Ausschusses über die Thematik zu berichten.

3. Gewerbeansiedlung im Bereich Kaiserstraße West AN/0350/2020 (Antrag der AL-Fraktion vom 27.01.2020)

Herr Ebbinghaus erläutert zu dem Antrag, dass er erfahren habe, dass sich im unteren Teil des Engpasses der Kaiserstraße ein Wettbüro ansiedeln wolle. Er bittet um die Beantwortung seiner Fragen.

Herr Ferner erklärt, dass man zunächst zwischen den Begriffen „Wettbüro“ und „Wettannahmestelle“ unterscheiden müsse. Während ein Wettbüro auch für den Aufenthalt von Kunden vorgesehen sei, sei eine Wettannahmestelle ausschließlich für die Abgabe des Wettscheines vorgesehen, so die Rechtsprechung. Im vorliegenden Fall wurde eine Wettannahmestelle beantragt, die aus bauplanungs- und bauordnungsrechtlicher Sicht nicht verhindert werden könne. Im Übrigen wird auf die Ausführungen von Herrn Ferner zur Abgrenzung eines Wettbüros von einer Wettannahmestelle verwiesen, die als Anlage 1 der Online-Version der Niederschrift beigefügt ist.

4. Bebauungsplan Nr. 108, Wohngebiet Karthausen, 1. Bauabschnitt hier: Beschluss über das grundsätzlich weiter zu verfolgende städtebauliche Konzept

Eingangs erläutert Herr Fischer, dass der durch den Bürgermeister initiierte Workshop zum Bebauungsplangebiet Karthausen nicht zustande gekommen ist, sondern verschiedene Veranstaltungen auf Fraktionsebene stattgefunden haben. Auf Frage von Frau Kötter, warum nur Frau Loth und nicht auch Frau Prof. Drey zu der Sitzung eingeladen wurde, erklärt er, dass Frau Loth den Auftrag habe, den Bebauungsplan zu erarbeiten und daher für mögliche Fragen zur Verfügung stehe. Anschließend weist er auf die ausliegende Tischvorlage – einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU, UWG, FDP und RUA – hin, zur Fassung eines Beschlusses zur Weiterverfolgung der Variante 2b von Frau Loth für das Baugebiet Karthausen.

Herr Bornewasser hält diese Variante für die ökologisch und ökonomisch schlechteste. Sie biete keine Möglichkeit für sozialen Wohnungsbau und stelle in seinen Augen einen „Flächenfraß“ dar, da die Grundstücksfläche für zu wenige Wohneinheiten genutzt werde.

Auch Herr Ebbinghaus äußert sich gegenüber der Variante 2b aus denselben Gründen ablehnend und hält den Entwurf von Frau Prof. Drey für ökologisch verträglicher. Er würde

es begrüßen, wenn den Bürgern Gelegenheit gegeben werde, sich zu den beiden Konzepten zu äußern. Daher werde die AL den Antrag ablehnen.

Herr Müller zeigt sich überrascht über den Antrag, da jüngst die Landes-Bauministerin Scharrenbach für die Schaffung von sozialem Wohnungsbau geworben hat. In Radevormwald müssten 600 Wohnungen, die bald aus der Bindung fallen, aufgefangen werden. Zudem sei er enttäuscht, dass die Verwaltung die Möglichkeit für die Schaffung von Sozialwohnungen nicht in den Bebauungsplan eingearbeitet habe. Die SPD werde den Antrag ablehnen.

Auf die bereits mehrheitlich getroffene Grundsatzentscheidung für den Entwurf des Büros Pesch & Partner verweisend erklärt Herr Uellenberg, dass er es für falsch halte, diese Entscheidung zurückzunehmen. Ökologische Gesichtspunkte könne man immer noch einfließen lassen.

Die UWG habe zwar von Beginn an das Baugebiet Karhausen abgelehnt, merkt Herr Barg an, jedoch halte er es bei den personellen und finanziellen Ressourcen für fatal ganz neu zu denken, denn auch in dem Entwurf 2b von Frau Loth gebe es Elemente, die man in Sachen sozialer Wohnungsbau weiterentwickeln könne.

Herr Schäfer spricht sich dafür aus, die Bauwünsche der Menschen, die auf der Warteliste für Karhausen stehen, zu befriedigen.

Frau Hentzschel wirbt für die Wohnform der Wohnhöfe, mit denen man in Deutschland schon positive Erfahrungen gemacht habe. Zudem möchte Sie wissen, ob man in der Gestaltung der Grünzüge noch flexibel sei. Dies wird durch Herrn Fischer bejaht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt bei der Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage das städtebauliche Konzept Karhausen, Büro Loth, unter Berücksichtigung der Variante 2b – großer Wohnhof, Stand 23.10.2019, weiterzuführen.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	10 (6 x CDU, 1 x FDP, 1 x pro Deutschland, 2 x UWG)
	Nein-Stimmen	5 (3 x SPD, 1 x Bündnis 90/Die Grünen, 1 x AL)
	Enthaltungen	keine

5. Haushaltssatzung 2020; Haushaltssicherungskonzept BV/0820/2020 2012 - 2022

Herr Fischer stellt noch einmal klar, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt für die Produktbereich 1.09 (Räumliche Planung und Entwicklung ohne die Investitionsmaßnahme Textilstadt Wülfing) und 1.14 (Umweltschutz) zuständig ist. Im Gremium ist man sich einig, dass die Abstimmung in den Haupt- und Finanzausschuss bzw. den Rat verschoben werden soll.

6. Umweltwoche 2020 IV/0696/2020

Herr Lajewski stellt das Programm der Umweltwoche für die Schulen vor. Für die Grundschulen wurde für jeden Jahrgang ein altersgerechtes Programm zusammengestellt. Die Umweltwoche soll als Motivation der Schulen dienen, zukünftig im Bereich Umweltschutz aktiver zu werden.

Herr Bornewasser weist darauf hin, dass die Müllsammelaktion im März schon während der Schon- und Brutzeit stattfinden wird, und bittet darauf zu achten, dass nicht in Bereichen gesammelt wird, in denen es zu Störungen der Tiere kommen kann.

Durch Herrn Barg wird darauf hingewiesen, dass auch die Wupperaner sich wieder an der Müllsammelaktion beteiligen, diese jedoch aus terminlichen Gründen bereits am 21. März durchführen werden.

7. Mitteilungen und Fragen

Da in der Ausschusssitzung am 28.11.2020 die Frage aufkam, ob auf den Randstreifen der Kreis-, Land- und Bundesstraßen Pestizide und Herbizide verwendet werden, berichtet Herr Klein, dass dies nach Rücksprache mit Straßen NRW mit Ausnahme zur Bekämpfung der Herkulesstaude nicht der Fall ist.

Ende des öffentlichen Teil der Sitzung: 17:55 Uhr

gez. Jürgen Fischer
Vorsitzender

gez. Nicole Kind
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister

Anlage:

Ausführungen des Bauverwaltungsamtes zur Abgrenzung von Wettbüros und Wettannahmestellen